

Der Schuhmacher

Nürnberg
 Dienstag, den 19. April 1932
 Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg
 Zugleich Publikationsorgan der Zentralkrank- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Nr. 17
 46. Jahrgang

Der außerordentliche Kongreß des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes

Im Februar des Deutschen Reichstages waren am Mittwoch, den 13. April, die Delegierten des Kongresses der freien Gewerkschaften zu einem

Verhandlungsbericht

Der außerordentliche Kongreß der freien Gewerkschaften trat am Mittwoch, den 13. April, 10 Uhr vormittag, im Reichstagsgebäude zusammen. Die Delegierten füllten den großen Sitzungssaal bis auf den letzten Platz.

Der Reichspräsident ist durch Reichsminister Siegelwald und Wirtschaftsminister Warmbold vertreten. Der preussische Ministerpräsident Brauns, Innenminister Eggeling, und der preussische Finanzminister Dr. Klepper sind außerdem als Reichsleiter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in den Verhandlungen bei.

Zu Beginn seiner Eröffnungsansprache teilte Siegelwald mit, daß der Reichspräsident, der sein Erkranken bestimmt ausgepflegt habe, zu seinem großen Bedauern daran verstorben ist. An seiner Stelle wird Reichsminister Siegelwald sprechen. Da der Kongreß ein reiner Arbeitertag ist, hat auch der Reichspräsident Siegelwald auf seine Eröffnungsansprache verzichtet. Der Kongreß darf sich für die Überwindung des Zusammenbruchs und zugleich auch für seine weitere rationelle Überwindung der gewerkschaftlichen Forderungen.

Die Einleitungsrede sprach, oft von Beifall unterbrochen, der Bundesvorsitzende Theodor Leipart:

Die Öffentlichkeit ist leider schon abgestumpft gegenüber der furchtbaren Lärche, daß über 8 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unheimlichen außerordentlichen Gesamtsituation verabschieden. Der Reichspräsident ist also passiv. Um so notwendiger müssen die Gewerkschaften sein.

Ende nach Arbeit für die Arbeitslosen

Der Kongreß der gewerkschaftlichen Verbände im internationalen Rahmen wird durch die politische Arbeit der Gewerkschaften, die auf den Krieg und auf den Versailler Vertrag zurückzuführen sind, und die Wirtchaften der Weltwirtschaftskrise verhängnisvoll sind. Zudem, gerade deshalb, haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die politische Verhängnisvoll eingeleitet, nicht für eine internationale Arbeiterbewegung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Ein nationales Wirtschaftsprogramm für die Arbeitsbeschaffung

Die Definitionspolitik der Reichsregierung muß gegen die eigenen Selbstverpflichtungen, insbesondere gegen die großen Schäden der Arbeiter und Angehörigen, von einer bis an die äußerste Grenze des Möglichen erzielenden Wirtschaftspolitik. Bei allem Verständnis für die außerpolitischen Bedürfnisse der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rasche Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verärgerung der breiten Volksschichten, die gegen den Abbau der Sozialleistungen, die unter anderen die Grundlagen der sozialen Ordnung, die steigenden die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirtchaften treten um so unüberwindlicher ein, wenn nichts gescheht, um durch Mittel, die keine besonderen Anforderungen, sondern nur Wirtschaftskraft erfordern, die Not zu lindern. Nicht ist trotz der wiederholten binomischen Maßnahmen der

Gewerkschaften gefordert, um durch systematische, gezielte Durchführung der Arbeitsetzungen die Arbeitslosigkeit zu verringern, Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitslosenbetriebe

Es ist ein Elend, daß noch immer regulär über 40 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer Viehliebhaber arbeiten, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernstlicher Versuch unternommen werden ist, die Frage des Doppelverdienens zu lösen.

Viele Tausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Zustand aufhört, weitere Tausende würden werden in den Produktionsprozess einbezogen werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche 40-Stunden-Woche einrichtet würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verteilung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Arbeitsentgelt hat bisher um so mehr Gehör gefunden, Tausend wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne erhalten mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Das wollen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie am 30. April

ein große Zahl von Tarifverträgen geschlossen, um weitere Lohnkürzungen durchzuführen zu können. Ja es liegen bereits schon wieder 2000 Beschlüsse vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabbau von 10 Prozent zumuten.

Der Kongreß erhebt entschiedenen Protest gegen diese widerwärtige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Lohnkürzungen zu Lohnkürzungen ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist kein Wunder, daß der deutsche Volk noch allem, was ihm angetan wurde, vielen Winter überleben hat.

Die Diktatur und materialistische Kraft der Arbeiterklasse verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entlassungen und Cyber müssen endlich eine Grenze haben.

Man hofft die Masse der organisierten Arbeiter, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe von Staat und Reichsregierung gelingt, dem Staatstand zu helfen, die Krise durch eine Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch getrübt werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung gegen Zins sei mit Wirtschaft nicht zu machen. Das ist eine unglückliche Fehleinschätzung. Man hat besonders darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm ist. Inwiefern, dieser Sinnzusammenhang nicht gelten. Am Mittelpunkt der französischen Politik steht die Arbeitsbeschaffung. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage:

Wozu ist der Staat, wenn er die wirtschaftliche Entwicklung Europas und der Welt, wenn in Folge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verfallung immer weitere Kreise der Bevölkerung, besonders auch der arbeitenden Arbeiter, der Bevölkerung und dem politischen Wohlstand zu beengen?

Wenn also Frankreich im Ernst daran denken für seine wieder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Annehmlichkeiten für die Arbeitsbeschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Vergrößerung des politischen Wohlstandes zu beengen?

Reinhold übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf dabei die Reichsregierung benehmen, die unmittelbar Annehmlichkeiten bei großen Maßgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuweisen. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik! (Sehefter anhaltender Beifall)

Das Büro des Frankfurter Kongresses mit Brandes, Cebald, Gumpert und Theodor Leipart als Vorsitzenden wird darauf wieder einberufen. Es folgt das Referat Wilhelm Eggeling über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung. Wir werden über diesen Teil der Verhandlungen an anderer Stelle dieses Blattes.

Nach der Rede Eggelings wurde ein Schreiben des Reichskongresses beschlossen, worin er sein Fernbleiben mit binomischen Dienstleistungen beantragt und bedauert. Er wünscht dem Kongreß ein

Der Kongreß sah sich veranlaßt, der Regierung gegenüber zu betonen, daß jede Forderungsmöglichkeit auf dem Gebiet der Beschäftigung, die immer nur im Unternehmensinteresse ist, von der Arbeitnehmerseite, weil unethisch und im hohen Maße ungerecht, zurückgewiesen werden muß.

Auf zu den Landtagswahlen!

Am 24. April ist die Entscheidungsschlacht!

Die Reaktion jeder Schattierung muß eine vernichtende Niederlage erleiden. Daher gilt es noch mehr, alle Kräfte zusammenzuführen!
In Bayern wie in Preußen, in Anhalt wie in Württemberg gilt für jedes Gewerkschaftsmitglied die Maxime, den Kisten der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen!
Alle Mann an die Front! Keine Stimme darf verloren gehen!
Durch Kampf zum Sieg!

niemals aufhören. Die Erlaubnis der Arbeiter, ganz zu...

dah der alte Staat die Verteidigung nicht verdient, das was deutsche Volk sich neue staatliche Formen schaffen muß.

Landtagswähler!

Demokratie und Gemeinlichkeit sind untrennbare Begriffe! Ein überwältigender und überzeugender Sieg der demokratischen Linksparteien wird das Vertrauen des In- und Auslandes zur deutschen Wirtschaft stärken.

Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierungsmöglichkeiten.

Der Reichstag beschließt dann eingehend das Gesetz der Arbeitslosen. Von den nahezu sieben Millionen Arbeitslosen sind über zwei Millionen über 50 Jahren ohne Arbeit.

Seine der rechtsgerichteten Parteien hat im November 1918 für die Erhaltung des alten Staates gestimmt. Männer, die im Jahre in tausend schweren Stunden nicht nur ihre Treue für das Vaterland, sondern auch ihre Treue für den monarchistischen Gedanken bezeugen.

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Eggers Rede auf dem Gewerkschaftskongress

Im Mittelpunkt der Tagung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses stand die rückwärtige Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wilhelm Egger über die Dringlichkeit von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Unterlage für eine Jugendheimunterkunft der Arbeitsbeschaffung dienen, und zwar so, daß die mit den Arbeiter betrauten Unternehmern die Möglichkeit auf die zu gründenden Arbeitsbeschaffungsstellen der Arbeitsbeschaffung geben.

Die Arbeiter der Wirtschaft müssen selber ein Stück der Verantwortung für die Beschaffung der Arbeitsbeschaffung übernehmen. Das heißt die Arbeiter müssen selber ein Stück der Verantwortung für die Beschaffung der Arbeitsbeschaffung übernehmen.

Die Regierung muß eine politische, soziale, amtliche Preisüberwachung auf allen Gebieten einleiten und während des ganzen Jahres bestehen, um jede inflationäre Preisbildung zu unterbinden.

Zusammenfassend: Die Regierung muß die Industrie umso mehr unterstützen, je mehr die Arbeiter die Arbeitsbeschaffung fordern.

Die Arbeitsbeschaffung ist ein Problem, das die Regierung lösen muß. Sie muß die Industrie unterstützen und die Arbeiter die Verantwortung übernehmen lassen.

Die Arbeitsbeschaffung ist ein Problem, das die Regierung lösen muß. Sie muß die Industrie unterstützen und die Arbeiter die Verantwortung übernehmen lassen.

Die Arbeitsbeschaffung ist ein Problem, das die Regierung lösen muß. Sie muß die Industrie unterstützen und die Arbeiter die Verantwortung übernehmen lassen.

Von Woche zu Woche

Endlich Verbot der SA

Am 13. März hat die Reichsregierung endlich durch Erlassung eines Gesetzes die SA verboten. Die SA war eine paramilitärische Organisation, die die Regierung als Bedrohung für die Demokratie betrachtete.

Schafft Arbeit!

Die Entscheidung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses

Der Reichstagskongress der freien Gewerkschaften Deutschlands, der in Berlin tagte, nahm nach arbeitsreicher Sitzung die folgende Entschließung an:

Schafft Arbeit!

Die Entscheidung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses

Der Reichstagskongress der freien Gewerkschaften Deutschlands, der in Berlin tagte, nahm nach arbeitsreicher Sitzung die folgende Entschließung an:

Schafft Arbeit!

Die Entscheidung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses

Der Reichstagskongress der freien Gewerkschaften Deutschlands, der in Berlin tagte, nahm nach arbeitsreicher Sitzung die folgende Entschließung an:

Die Arbeitsbeschaffung ist ein Problem, das die Regierung lösen muß. Sie muß die Industrie unterstützen und die Arbeiter die Verantwortung übernehmen lassen.

Die Arbeitsbeschaffung ist ein Problem, das die Regierung lösen muß. Sie muß die Industrie unterstützen und die Arbeiter die Verantwortung übernehmen lassen.

Die Arbeitsbeschaffung ist ein Problem, das die Regierung lösen muß. Sie muß die Industrie unterstützen und die Arbeiter die Verantwortung übernehmen lassen.

